

Postsozialismus?

Seit dem Ende der Blockkonfrontation 1989-91 haben postsozialistische Perspektiven zunehmend in verschiedene wissenschaftliche Felder und Disziplinen wie Anthropologie, Soziologie, Ökonomie, Politikwissenschaft oder Geografie Einzug gehalten. Sie beschreiben verschiedene Prozesse des Wandels in den Ländern, die zuvor von kommunistischen oder sozialistischen Parteien regiert wurden. Das „post-“ bezieht sich dabei – ähnlich wie im Falle postkolonialer Studien (Vgl. PERIPHERIE-Stichwort „Postkolonial“ in Heft 120) – nicht nur auf ein bloßes „nach“ im Sinne eines zeitlichen Abrückens von sozialistischen Gesellschaftsformen. Vielmehr gehen viele postsozialistische Studien davon aus, dass die Praxis dieser Periode nachhaltige, aktuell wirksame Spuren hinterlassen hat. Beschäftigen sich ein Großteil dieser Arbeiten insbesondere mit dem osteuropäischen Kontext, dem einstigen *Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe* (RGW, engl. COMECON), Jugoslawien und Albanien, so unterstellen sie eine gemeinsame Geschichte sowie gemeinsame Merkmale in der Gegenwart. Anders als die Arbeiten der Transitions- oder auch einige Ansätze aus der Transformationsforschung gehen jedoch postsozialistische Ansätze nicht von einem linear verlaufenden Prozess des Fortschrittes hin zum Kapitalismus aus, sondern betonen die Komplexität, Heterogenität sowie die transnationalen Dynamiken der verschiedenen Realitäten des postsozialistischen Wandels in ihrer gegenseitigen Konstitution mit westlichen Gesellschaften (vgl. Vonderau 2010).

Wesentlich ist, wie bei jeder Rede über „post“, was der Ausgangspunkt war, auf den mit dem Ausdruck „postsozialistisch“ zurückgeschaut wird. Weitgehend vergessen scheinen heute die heftigen Kontroversen, die bis 1989-91 gerade in der westlichen radikalen Sozialwissenschaft über die Grundstrukturen der Gesellschaften „sowjetischen Typs“ tobten. Der Rede des offiziellen Marxismus-Leninismus vom „real existierenden Sozialismus“ standen diverse kritische Positionen gegenüber, die gegen diese Wirklichkeit den emanzipatorischen Anspruch einklagten – mit Karl Marx gesprochen den „reichen Menschen“ im Sinne einer frei sich entfaltenden Persönlichkeit und die „Assoziation freier Produzenten“ jenseits staatlicher Zwänge. Über ein halbes Jahrhundert nach der Oktoberrevolution von 1917 schien das in ihrem Gefolge entstandene Gesellschaftssystem weit davon entfernt. Manche Kritiker*innen sahen hier Formen eines „Staatskapitalismus“: einerseits im Anschluss an die nach dem Aufbruch des sino-sowjetischen Konflikts von

maoistischer Seite vorgetragene Kritik der Sowjetunion, andererseits in Fortentwicklung der klassischen trotzkistischen Analyse vom deformierten Arbeiterstaat, in dem nun vollends die herrschenden Funktionärscliquen zur kapitalistischen Ausbeutungsform zurückgekehrt seien. Analytische Schwierigkeiten betrafen die weitgehende Ausschaltung der Marktbeziehungen, die unleugbare Ineffizienz und die geringe Innovationsfähigkeit dieser Gesellschaften. Schon in den 1930er Jahren war in der *Frankfurter Schule* eine Konvergenz zwischen organisiertem, in den Faschismus übergehendem Kapitalismus und Stalinismus diskutiert worden. Aus trotzkistischer Sicht bestanden die nach der Revolution geschaffenen sozialistischen Grundlagen fort, doch in durch die Herrschaft der Parteielite oder *Nomenklatura* deformierter Form. Dies war eng mit der scharfen Ablehnung der von Stalin angesichts des Ausbleibens einer Revolution im westlichen Europa seit den 1920er Jahren propagierten Strategie der „Entwicklung des Sozialismus in einem Land“ verknüpft. Andere sahen die Sowjetunion und ähnliche Gesellschaften als Formation *sui generis*, die sich aus der Widersprüchlichkeit des Planungssystems, insbesondere den Schwierigkeiten der Planung in Naturalgrößen, entwickelt habe und durch einen zusehends verschwenderischen Umgang mit menschlichen und natürlichen Ressourcen gekennzeichnet gewesen sei. Auch hier spielte die *Nomenklatura* als herrschende Schicht eine wesentliche Rolle. Nach 1989-91 partizipierte nicht nur westliches Kapital an der schockartigen Privatisierung, vielerorts beteiligten sich auch einst „Rote Direktoren“ an einer oft räuberischen Privatisierung. Die Treuhand in Ostdeutschland bildete ein Sonderphänomen. So bedeuteten der Zerfall der Sowjetunion und der Beitritt der DDR in die BRD die Abwicklung der politischen und ökonomischen Strukturen des Realsozialismus, verbunden mit symbolischen und sozialen Prozessen der Entwertung der dortigen sozialen Welten.

Um die Prozesse der Abwertung und Missachtung des sozialistischen Erbes sowie Teile postsozialistischer Gesellschaften zu untersuchen, schöpfen einige der postsozialistischen Arbeiten aus dem konzeptionellen Repertoire der postkolonialen Studien. Das gilt für die kritische Diskussion modernisierungstheoretischer Ansätze zu „Transition“ oder „Konvergenz“ ehemaliger sozialistischer Systeme. Analog zu Post-Development-Ansätzen bemängeln diese Autor*innen einen linearen und normativen Entwicklungsbegriff, der im Sinne einer „nachholenden Entwicklung“ die zuvor sozialistisch regierten Gesellschaften homogenisiert und gegenüber westlichen Normen als „defizitär“ kennzeichnet (vgl. Kollmorgen 2015).

In einigen Arbeiten der Postsozialismusforschung wird nach Dynamiken des Fremdmachens (*othering*, s. u.a. Spivak 1985) von ehemals

sozialistischen Regionen oder deren Bevölkerung gefragt: Bei diesen Formen der symbolischen und sozialen Abwertung handele es sich um dialektische Prozesse, die (erst) im Verweis auf das unterlegene „Andere“ das eigene Selbst als „überlegen“ imaginieren und herstellen. So zeigt Larry Wolff (1994) in *Inventing Eastern Europe: The Map of Civilization on the Mind of the Enlightenment* im Anschluss an Edward Said, dass „Osteuropa“ als Kontrastbild zu „Westeuropa“ eine ähnliche Funktion wie der „Orient“ für den „Okzident“ gehabt habe. Allerdings sei „Osteuropa“ trotz vermeintlicher Rückständigkeit als „europäisch“ wahrgenommen worden und „nahe und vertraut“ erschienen (ebd.). Auch Maria Todorova (1997) greift auf Said zurück, um zu rekonstruieren, wie der „Balkan“ in europäischer Reiseliteratur, diplomatischen und journalistischen Berichten sowie akademischen Texten seit dem 18. Jahrhundert diskursiv erzeugt wurde und die Region und ihre Bewohner*innen zum kulturellen „Anderen“ Europas avancierten. Den abwertenden Zuschreibungen gegenüber „dem Balkan“ stand ein positives Bild des modernen „Europäers“ gegenüber. Diese Diskurse haben sich nachhaltig in die Wahrnehmung von Osteuropa eingeschrieben und prägen auch gegenwärtige Darstellungen der „Andersheit“ postsozialistischer ost-europäischer Kontexte.

Überlegungen zum *othering* postsozialistischer Regionen und Bevölkerungsgruppen sind auf den deutschsprachigen Kontext angewendet worden, um im Zuge nationaler Identitätskonstruktionen und der damit verbundenen (symbolischen wie sozialen) Grenzziehungen nach 1990 die Abwertung Ostdeutschlands respektive die Aufwertung Westdeutschland zu untersuchen (vgl. Kubiak 2019). Dies gilt für die abwertende Konstruktion des „Ossi“ oder das Bild eines „braunen Ostens“ und einer „(un)zeitgemäßen Männlichkeit“, die mediale Darstellung von Kindermord als spezifisch ost-deutsches Problem oder die Orientalisierung des „Ostens“ im Kontext der deutsch-deutschen juristischen Auseinandersetzungen um Rechtsstaat und Rechtsstaatlichkeit.

Dekoloniale Ansätze, die sich mit postsozialistischen Konfigurationen befassen, erörtern hingegen stärker die Prozesse der Rassialisierung und auf kolonialen Logiken gründenden sozialen Hierarchisierungen. So argumentiert etwa Madina Tlostanova (2012), eine „Kolonialität der Macht“ präge nicht nur kapitalistische, westliche Gesellschaftsformen, sondern habe auch die Verhältnisse der sozialistischen Moderne in der Sowjetunion und insbesondere in Russland auf spezifische Weise durchdrungen. Ähnlich argumentieren einige Autor*innen des vorliegenden Schwerpunktheftes für die DDR. Dekoloniale Arbeiten, die stärker als die postkolonialen Studien soziologisch und polit-ökonomisch orientiert sind, betonen somit etwas

deutlicher die Verflechtungen bzw. die (Dis-)Kontinuitäten von kolonialen Machtverhältnissen oder Systemen der Klassifizierung wie *race* (Quijano) oder *gender* (Lugones) im Hinblick auf ihre spezifische Wirkweise in sozialistischen wie kapitalistischen Gesellschaftsordnungen.

Freilich hinkt die Analogie zwischen „Kolonialismus“ und „Sozialismus“ aus vielerlei Gründen. So boten sozialistische im Vergleich zu kapitalistischen Gesellschaftsformen – wenngleich in ambivalenter Hinsicht – andere und teilweise auch umfassendere Möglichkeiten der (temporären) Unterbrechung und Transformation kolonialer Machtordnungen an. Die explizit „antiimperialistisch“ ausgelegten Selbstverständnisse der DDR oder der Sowjetunion verblieben nicht nur bei reinen Lippenbekenntnissen, sondern prägten u.a. die außenpolitischen Bestrebungen dieser Staaten.

Das sowjetische System mühte sich von Beginn an um Bündnisse mit antikolonialen Bewegungen, oft nur mit vorübergehendem Erfolg. Mit der Welle der Entkolonisierung nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Sowjetunion vielfach als Modell einer alternativen Industrialisierung gesehen. Dies mündete in den Versuch, im Rahmen eines abgestuften Systems von Beziehungen zu „sozialistischen“ Staaten sowie Staaten „sozialistischer Orientierung“ ein Gegenstück zum kapitalistischen Weltsystem zu schaffen. Mit der verschärften Systemkrise in den 1980er Jahren kam diese Strategie an ihre Grenze. Zwar bezogen sozialistische Regierungen Rohstoffe und Agrarprodukte besonders aus dem globalen Süden, unterstützten die dortigen sozialistischen Länder aber auch durch erhebliche Ressourcen. Jedoch banden etwa die Unterstützung Cubas oder die andauernden Kriege in Angola und Äthiopien so viele Ressourcen, dass unter Michail Gorbatschow entschieden wurde, auf paktierte Lösungen (wie Festschreibung kolonialer Eigentumsverhältnisse) für die Regionalkonflikte umzuschwenken. Auch wenn es in diesen Beziehungen klare Asymmetrien gab, besteht kaum eine enge Analogie zum Kolonialismus.

Ähnlich steht es mit neueren Versuchen, die internen Beziehungen der unterschiedlichen, ethnisch definierten Gebiete in der Sowjetunion sowie zwischen dieser und anderen Staaten des RGW als kolonial, die heutigen Verhältnisse dementsprechend als postkolonial, zu interpretieren. Zweifellos gab es auch hier Asymmetrien und Abhängigkeiten und wenigstens periodenweise eine großrussische Hegemonie, aber zugleich wiesen etwa die westlichen Sowjetrepubliken zumal im Baltikum die günstigsten Sozialindikatoren auf. In Zentralasien oder im Kaukasus stellten sich die Probleme wieder anders dar.

Schließlich sind vorschnelle Analogien zwischen „Kolonialismus“ und „Sozialismus“ nicht nur empirisch, sondern auch theoretisch-konzeptionell

problematisch. Die vergangenen Strukturen und ihre Wirkung auf das Gegenwärtige sind zu unterschiedlich. Insbesondere ging die sozialistische Programmatik nicht in den realisierten Strukturen auf. Angesichts der Krisen der Gegenwart stellt sich die Frage nach grundlegenden Alternativen so akut wie nie. Marx'sche, aber auch anarchistische Überlegungen zur gesellschaftlichen Planung oder zur Aufhebung des Staates sind freilich heute im Licht der sowjetischen Erfahrung zu bewerten. Die von Ernst Bloch propagierte *docta spes*, die belehrte Hoffnung, muss sich auch durch diese Erfahrung belehren lassen und danach streben, die Braudel'sche Frage nach dem historisch Möglichen und Unmöglichem zu einer realitätstüchtigen Alternative zu wenden, von „Nach“ zum neuen „Vor“.

Reinhart Kößler & Miriam Friz Trzeciak

Zitierte Literatur

- Kollmorgen, Raj (2015): „Modernisierungstheoretische Ansätze“. In: Raj Kollmorgen; Wolfgang Merkel & Hans-Jürgen Wagener (Hg.): *Handbuch Transformationsforschung*, Wiesbaden, S. 77-88 (https://doi.org/10.1007/978-3-658-05348-2_5).
- Kubiak, Daniel (2019): *Abwertung als Katalysator der Identitätsbildung – Analogien zwischen Ostdeutschen und muslimischen Migrant*innen*. https://publikationen.sozioogie.de/index.php/kongressband_2018/article/view/1078, letzter Aufruf: 22.3.2022.
- Spivak, Gayatri Chakravorti (1985): „The Rani of Sirmur: An Essay in Reading the Archives“. In: *History and Theory*, Bd. 24, Nr. 3, S. 247-272 (<https://doi.org/10.2307/2505169>).
- Tlostanova, Madina (2012): „Postsocialist ≠ Postcolonial? On Post-Soviet Imaginary and Global Coloniality“. In: *Journal of Postcolonial Writing*, Bd. 48, Nr. 2, S. 130-142 (<https://doi.org/10.1080/17449855.2012.658244>).
- Todorova, Maria (1997): *Imagining the Balkans*. Oxford.
- Wolf, Larry (1994): *Inventing Eastern Europe: The Map of Civilization on the Mind of the Enlightenment*. Stanford, US-CA.
- Vonderau, Asta (2010): *Leben im „neuen Europa“*. *Konsum, Lebensstile und Körpertechniken im Postsozialismus*. Bielefeld (<https://doi.org/10.1515/9783839411896>).

Weiterführende Literatur

- Heft, Kathleen (2018): „Brauner Osten – Überlegungen zu einem populären Deutungsmuster ostdeutscher Andersheit“. In: *Feministische Studien*, Bd. 36, Nr. 2, S. 357-366 (<https://doi.org/10.1515/fs-2018-0038>).
- Conert, Hansgeorg (1990): *Die Ökonomie des unmöglichen Sozialismus. Krise und Reform der sowjetischen Wirtschaft unter Gorbatschow*. Münster.
- Stykov, Petra (2013): „Postsozialismus“. In: *Docupedia-Zeitgeschichte: Begriffe, Methoden und Debatten der zeithistorischen Forschung*, <https://docupedia.de/zg/Postsozialismus>, letzter Aufruf: 21.3.2022.
- Ticktin, Hillel (1981): *Planlose Wirtschaft. Zum Charakter der sowjetischen Gesellschaft*. Hamburg.